

Christoph Kotowski

## **Polen nach den Wahlen 2015 – Ein Land im Kampf mit sich selbst?**

Der Ausgang der polnischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühling und Herbst 2015 hat besonders in Deutschland zu zahlreichen Irritationen geführt. Mit einem Sieg der rechtspopulistischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hatten hierzulande nur wenige Beobachter gerechnet.

Wie konnte also gerade Polen, das als Musterstaat der Systemtransformation gilt und dessen Wirtschaft entgegen zahlreicher Krisen in Europa und der Welt unentwegt prosperiert, in die Hände der Rechtspopulisten fallen? Die Gründe dafür sind vielfältig und haben nur auf den ersten Blick mit der europaweiten Flüchtlingskrise oder den gesellschaftlichen Umwälzungen zu tun, die vor allem in Frankreich, Schweden oder Deutschland die Wähler in die Arme xenophober Parteien treiben. Viel mehr offenbart sich mittlerweile, rund hundert Tage nach dem Wahlerfolg der PiS, eine tiefgehende Spaltung des Landes und, dass die Wurzeln der innerpolitischen Konflikte immer noch in der Geschichte Polens zu suchen sind.

### *Eine schwierige Geschichte mit Folgen für die Gegenwart*

Polen mag eine junge Parteiendemokratie sein, das Land besitzt dennoch eine lange Demokratietradition. Die Wurzeln des Sejm, also des Unterhauses im polnischen Parlament, reichen bis ins zwölfte Jahrhundert und die polnische Aristokratie genoss früh weitreichende Persönlichkeitsrechte. Religionsfreiheit und eine progressive Politik zogen auf dem Höhepunkt der einst regionalen Großmacht darüber hinaus viele Einwanderer an. Beispiele für einen Staat, der seiner Zeit voraus war, sind auch die Etablierung des ersten Bildungsministeriums der Welt oder die Einführung freier Wahlen ab 1573, in denen aus mehreren Kandidaten der Monarch gewählt wurde, der ohne den Sejm und die darin vertretenen Parteien nicht regieren konnte. 1791 wurde schließlich in Polen die erste moderne Verfassung Europas verabschiedet, die sich an der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 orientierte.

Die Teilungen des allerdings nach den Nordischen Kriegen geschwächten polnischen Staates ab Ende des 18. Jahrhunderts durch Russland, Preußen und Österreich, sowie die darauffolgende und über ein Jahrhundert dauernde kulturelle Unterdrückung der Polen, haben die heutige Verfasstheit dieser Nation maßgeblich geprägt. Die wichtigsten Kunst- und Kulturgüter und gar die gegenwärtige Hymne Polens, mit der markanten Anfangsstrophe „Noch ist Polen nicht verloren“, stammen aus der Teilungszeit.

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918 und dem siegreichen Krieg gegen die Bolschewisten 1921, mussten zunächst die infrastrukturellen und sozioökonomische Unterschiede der drei wieder vereinten Teile Polens überwunden werden. Wie in Deutschland, haben schließlich auch in Polen ähnliche Faktoren in der Zwischenkriegszeit die Etablierung einer modernen parlamentarischen Demokratie nicht immer positiv beeinflusst. Erwähnenswert sind hier das politisch motivierte Attentat auf Polens damaligen Präsidenten Gabriel Narutowicz 1922 oder der Putsch der Obristen unter Marschall Józef Piłsudski 1926, der bis 1935 eine Diktatur aus dem Hintergrund unterhielt und, ohne ein offizielles Amt zu bekleiden, demokratische Institutionen maßgeblich kontrollierte. Vor allem aber der Überfall Deutschlands und der Sowjetunion 1939 sowie der besonders in Polen bestialisch geführte

Krieg, haben das Land und einen Teil der heute zwischen Oder und Bug lebenden Generationen bis in die Gegenwart traumatisiert.

Bedeutende Schlüsselmomente der Okkupation sind für Polen das Massaker von Katyn 1940, bei dem sowjetische Agenten fast 5000 polnische Offiziere und Intellektuelle ermorden ließen, aber auch der gescheiterte Warschauer Aufstand von 1944, in dessen Folge die deutsche Wehrmacht die komplette Stadt niederbrannte. Beide Ereignisse und einige ihrer Akteure spielen bis heute eine politisch brisante Rolle. Beides sind auch historische Kapitel, deren Aufarbeitung erst nach 1989 möglich wurde und bis heute andauert, weil es mit Blick auf die zwielichtige Rolle der Sowjetunion in beiden Fällen politisch unmöglich war, darüber zu sprechen, oder die Archive in Moskau erst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks geöffnet wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand sich Polen zwar auf der Seite der Sieger, verlor trotz seiner intensiven Kriegsbeteiligung an der Seite der westlichen Alliierten jedoch im Einzugsbereich der Sowjetunion seine Souveränität und wurde nach 1945 zum Satellitenstaat Moskaus. Einst ein Vielvölkerstaat mit einer bedeutenden und größtenteils assimilierten jüdischen Bevölkerungsgruppe sowie starken orthodoxen Minderheiten, war Polen durch den Holocaust und die anschließende Westverschiebung darüber hinaus zu einem homogenen und mehrheitlich katholischen Land geworden, in dem ein nationalistischer Sozialismus propagiert wurde. Die innenpolitische Macht erlangte nach bürgerkriegsähnlichen Zuständen als Vertreterin des sowjetischen Machtapparates die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR), neben der in den zum Schein aufrecht erhaltenen Institutionen, wie in der DDR, kleinere Blockparteien existierten.

Trotz zahlreicher Studenten- und Arbeiteraufstände in den 1960er und 1970er Jahren, brachten erst die Entwicklungen ab 1980 das Regime zu Fall. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich eklatant, es kam im gesamten Land zu Streiks und die oppositionelle Gewerkschaft Solidarność bildete sich, die bis zu zehn Millionen Mitglieder generieren konnte und zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss verschiedener sozialer Milieus und politischer Strömungen wurde. Das Regime antwortete darauf 1981 mit der Ausrufung des Kriegsrechts. 1988 musste es jedoch mit Hilfe der katholischen Kirche mit der Opposition in den Dialog treten, um den Protesten Herr zu werden. An die Wand gedrängt, akzeptierte es schließlich Verhandlungen am Runden Tisch. Vertreter von Opposition und Regierung vereinbarten an diesem letztlich einen friedlichen Systemwechsel und freie Wahlen, noch bevor der Zerfall der Sowjetunion absehbar und in der DDR die Mauer gefallen war.

Obwohl aus objektiver Sicht die beiderseitige Bereitschaft zu Kompromissen 1989 der beste Weg zu sein schien, eine friedliche Wende herbeizuführen und das Land vom Realsozialismus in die Demokratie zu führen, gilt der Prozess heute vor allem den Rechtspopulisten als Ursache vieler vermeintlicher Übel und hat neue Feindbilder hervorgebracht. Des Weiteren hat sich gerade in den 1980ern durch ihre starke Rolle bei der Unterstützung der antikommunistischen Opposition und speziell das Engagement des damaligen Papstes Johannes Paul II, eines gebürtigen Polen, die katholische Kirche als politische Macht etabliert. Ein Aspekt, der mit Blick auf Europa einzigartig ist.

*Mangelnde Parteienkonsolidierung als Schwachpunkt des polnischen Staatswesens*

Das gegenwärtige Parteiensystem Polens hat seinen Ursprung 1989, auch wenn einige wenige Parteien Neugründungen alter Parteien aus der Zwischenkriegszeit sind. Es ist jedenfalls bis heute wenig konsolidiert und auch der größte Schwachpunkt des modernen polnischen Staates. Noch immer ist die Bereitschaft der Abgeordneten, Fraktionen, Parteien oder auch ideologische Lager zu wechseln, sehr hoch. Generell ist auch die Parteienbindung in der Bevölkerung relativ schwach. Sich an der Urne für eine passende Partei zu entscheiden, stellt für polnische Wähler angesichts der wechselnden, breiten und verwirrenden Auswahl an Kandidaten einen komplizierten Akt dar. Die Politik ist sehr personalisiert und boulevardesk anmutende Methoden werden sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums nicht selten angewandt, um in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Hier lässt sich auch eine Wechselwirkung zwischen politischem Interesse und politischem Stil feststellen. Der wachsenden Politikverdrossenheit wird versucht, durch populistische Maßnahmen entgegen zu wirken, gleichzeitig treibt allerdings diese Art von Megafonpolitik viele Polen in die Nichtwählerschaft. Dies erklärt auch die zuletzt geringe Wahlbeteiligung von gerade einmal 51 Prozent.

Bis 2015 hatten bereits 15 verschiedene Personen das Amt des Ministerpräsidenten inne, darunter drei Frauen. Im Grunde gab es allerdings nur sechs unterschiedliche Regierungsphasen, die mehr oder weniger von einem Hin-und-Her der Postkommunisten mit den einstigen Antikommunisten und äußerst harschen Reformen, allen voran in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, geprägt waren. Die im Oktober 2015 abgewählte Regierung aus liberal-konservativer Bürgerplattform (PO) und der gemäßigt-konservativen Polnischen Volkspartei (PSL), die hierzulande aufgrund ihrer Bindung an die polnischen Landwirte auch als Bauernpartei bezeichnet wird, regierte ab 2007 acht Jahre lang und war damit auch die bisher einzige Regierung, die zwei volle Legislaturperioden ohne Krisen überstanden hat und ohne Einbußen 2011 wiedergewählt wurde.

Zu den Parlamentswahlen im Oktober 2015 waren 17 Parteien zugelassen und im speziellen Fall des Senats weitere 60 unabhängige Kandidaten. Als klarer Wahlsieger ging die PiS mit fast 38 Prozent der Stimmen hervor. Besonders auffällig ist, dass die vorher regierende PO rund 15 Prozent der Stimmen einbüßen musste, während zwei völlig neue Parteien den direkten Einzug in den Sejm schafften: Einmal die liberale Partei „Die Moderne“ unter Führung von Ryszard Petru, einst Zögling des Vaters des polnischen Wirtschaftswunders Leszek Balcerowicz. Außerdem die als reine Protestpartei gestartete Wahlaktion des Rockmusikers Paweł Kukiz, der Anti-Establishment-Tendenzen zugesprochen werden können und auf deren Wahlliste es neben anarcho-alternativen Akteuren mit Robert Winnicki auch erstmals ein Rechtsradikaler in den Sejm geschafft hat.

Ebenfalls auffällig ist, dass die mittlerweile altherwürdige Allianz der Demokratischen Linken (SLD) mehr als 10 Prozent der Stimmen gegenüber der vorherigen Wahl verloren hat. Weil sie in einem Parteienbündnis mit anderen linken und sozialliberalen Kleinparteien in den Wahlkampf gezogen war, hätte Polens größte sozialdemokratische Gruppierung die für Bündniskandidaturen geltende Sperrklausel von 8 Prozent überspringen müssen. Mit nur 7,5 Prozent der Stimmen verfehlte sie dieses Ziel nur denkbar knapp. Erstmals in der Geschichte Polens haben es die Sozialdemokraten daher nicht geschafft, im Sejm vertreten zu sein. Mit Ausnahme zweier linker, direkt gewählter Senatoren, sind in beiden Kammern des polnischen Parlaments seit Oktober 2015 nur noch Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums vertreten.

### *Ein lang ersehnter Regierungswechsel und der Wunsch nach einem versorgenden Staat*

Die Wähler, wenn sie denn bereit waren zu wählen, wollten einen Wechsel. In acht Jahren Regierungsverantwortung hatte sich die liberal-konservative Koalition aus PO und PSL zwar in keine großen Skandale verstrickt, jedoch zahlreiche innenpolitische Reformen verschleppt und das Land vor allem mit ihrer wirtschaftsliberalen Politik geprägt. Die Regierung konzentrierte sich vornehmlich auf Infrastrukturprojekte, während wichtige Fragen etwa im Bereich des Wohlfahrtsstaates vernachlässigt wurden.

Seriöse Printmedien und auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen erhoben die neoliberale Politik zu ihrem Credo und blendeten angesichts der ökonomischen Erfolge des Landes soziale Probleme, die vor allem regional bedingte Armut und mögliche Systemdebatten vielfach aus. Auf die in Polen hitzig diskutierte Auswanderungswelle von rund zwei Millionen Bürgern seit 2004 in Länder wie Großbritannien oder Irland, hatte die Regierung unter Donald Tusk ebenfalls keine Antworten. Nach dem Wechsel Tusks ins Amt des Präsidenten des Europäischen Rates, schaffte es seine nur mäßig charismatische Nachfolgerin Ewa Kopacz nicht, neue Impulse zu setzen. Die Koalition aus PO und PSL wirkte zunehmend blass und, als würde sie Probleme nur noch aussitzen.

Nur wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen im Frühling 2015 kam es darüber hinaus zu einer Abhöraffaire. In einem von Regierungsangehörigen regelmäßig besuchten Warschauer Nobelrestaurant wurden rund 900 Stunden Gespräche führender Politiker aufgezeichnet und der Presse zugespielt. Im vulgären Gossenjargon spotteten darin amtierende Minister über die Wählerschaft und machten rechtswidrige Absprachen. Weil weder Tusk oder Kopacz noch Präsident Bronisław Komorowski unmittelbar in den Skandal involviert waren, war man so blauäugig zu glauben, die kommenden Präsidentschaftswahlen aufgrund der generell positiven Entwicklung im Land erneut gewinnen zu können.

Das am Ende Andrzej Duda, der zuvor in der Öffentlichkeit völlig unbekannt aber charismatische Kandidat der PiS, knapp siegen würde, war selbst für dessen Partei eine Überraschung. Anders als Komorowski, hatte dieser einen wahren Marathon quer durchs Land zurückgelegt und dabei teils die Kompetenzen des Präsidentsamtes überschreitende Versprechungen gemacht, die ihm seine Wähler dennoch abnahmen.

Im eigentlichen Parlamentswahlkampf beschränkte sich die Regierung auf Antiparolen gegen die Opposition, ohne eine eigene Agenda zu präsentieren. Auch vernachlässigte sie komplett den vier Jahre zuvor vorzüglich geführten Internetwahlkampf und, die Erstwähler für sich zu gewinnen. Diesen vornehmlich nach dem Systemwechsel zur Welt gekommenen und im Wohlstand aufgewachsenen Polen reichte es nicht mehr, sich anhören zu dürfen, dass es Polen als Staat besser gehe, als noch vor einem Vierteljahrhundert. Hinzu kommt, dass die Erfolge der letzten 25 Jahre in Polen nicht der Regierung zugeschrieben werden, sondern der einerseits in Polen herrschenden Aufbruchstimmung, eigenverantwortlich etwas aufbauen zu können, und andererseits der Unterstützung durch die in Polen im internationalen Vergleich äußerst beliebten EU, deren Subventionen zwar nur 3 Prozent des polnischen Bruttoinlandsprodukts ausmachen, dennoch die höchsten innerhalb der Staatengemeinschaft sind.

Dass nicht etwa die linke Opposition um die SLD Vorteile aus dieser Entwicklung ziehen konnte, liegt im Übrigen am desolaten programmatischen aber auch personellen Zustand dieses Lagers. Die unmittelbare Nachfolgerpartei der PZPR, konnte sich zwar zügig zu einer

modernen, postkommunistischen Partei wandeln und beherrschte vor allem bis 2005 die Politik des Landes als damals wichtigste Kraft mit, hatte in den letzten Jahren allerdings immer wieder mit Konkurrenz aus dem linken Lager zu kämpfen, wie etwa der Partei „Deine Bewegung“ des Unternehmers Janusz Palikot, der mit seinem linksliberalen Sammelbecken mit Vertretern der Lesben-und-Schwulen-Bewegung 2011 zwischenzeitlich ganze 10 Prozent holen konnte. Auch gegenwärtig nimmt der SLD in Form der jungsozialistischen Partei „Razem“ eine linke Alternative abseits alter postkommunistischen Kader wichtige Stimmenanteile weg.

Während die SLD einerseits nach Korruptionsskandalen in den 1990er Jahren einen echten Generationenwechsel verschlafen hat, propagierte bislang auch die politische Linke in Polen eher das Ziel des Aufstiegs in die Mittelklasse als einzigen Weg, sozioökonomische Probleme zu lösen. Wirtschaftspolitisch ähnelt sie damit der PO und hat in den vergangenen Jahren keine Antworten auf den schwachen Sozialstaat gefunden. Mehr noch, hat sie sich vor allem dem Kampf gegen den Klerus verschrieben, weil sie den Einfluss der katholischen Kirche auf Polens Politik als größtes Übel ausmacht. Dass solche Positionen zumindest auf dem polnischen Land auf wenig Begeisterung stoßen, dürfte offensichtlich sein.

Hinzu kommt, dass charismatische Vertreter des linken Lagers die Flucht in die Kommunalpolitik gesucht haben, wo sie gegenwärtig größere Erfolge feiern können. Ein gutes Beispiel wäre hier der offen schwule Politiker Robert Biedroń, der 2014 zum Bürgermeister der Stadt Słupsk an der Ostsee gewählt wurde.

#### *Die Rache der Rechtspopulisten und die geheime Wiedergeburt des Jarosław Kaczyński*

Jarosław Kaczyński, der Vorsitzender der rechtspopulistischen PiS, stammt selbst unmittelbar aus dem Kreis der Solidarność. Er war Anfang der 1990er Jahre an der Seite von Lech Wałęsa aktiv und 1991 bis 1992 an der Regierung beteiligt. Seine Erfahrungen in dieser Zeit sind jedoch von Enttäuschungen geprägt. Er hat sich in seiner Rhetorik relativ schnell radikalisiert und durch zahlreiche interne Konflikte marginalisiert. Mit Wałęsa hat er komplett gebrochen und entwickelte früh eine Feindschaft gegenüber dem liberalen Flügel der Solidarność, dem er Vorwurf die gesellschaftlichen Reformen nicht zügig genug umzusetzen.

1993 bis 2001 war er völlig von der Bildfläche verschwunden. Sein Zwillingbruder, Lech Kaczyński, war immerhin in der konservativen Wahlaktion Solidarität (AWS) aktiv und Justizminister unter Premier Jerzy Buzek, dem späteren Europaparlamentspräsidenten, sowie später auch kurze Zeit Bürgermeister von Warschau.

Die PiS wurde 2001 gegründet und generierte ihre Mitglieder aus der AWS und anderer konservativer Gruppierungen. Auf den ersten Blick wirkt sie wie eine klassische konservative Partei, die die soziale Marktwirtschaft, ein solidarisches Staatsverständnis und traditionelle, christliche Werte propagiert. Mit diesem Kurs hat sie sich in einigen Regionen Polens auch als feste realpolitische Kraft etabliert und ist auf regionaler Ebene seit Jahren in kommunalpolitischer Verantwortung. Sie ist jedoch auf Landesebene eine eindeutig rechtspopulistische Partei, die einen vermeintlichen Kampf für Errungenschaften wie Freiheit und Wohlstand führt, dabei stark historisch orientiert, sowie nationalistisch und konfessionell ausgerichtet ist.

Die PiS hat zwar eine stabile Wertebasis, im Gegensatz zum üblichen Konservatismus, in Polen eher von der PO oder der PSL repräsentiert, fehlt ihr jedoch die Loyalität gegenüber dem etablierten Staatswesen mit seinen Institutionen. In ihrer Rhetorik überwiegen daher auch die Suche nach soziokulturell definierten Sündenböcken und die Furcht vor dem Verlust

kollektiver Identität. Laut PiS befände sich Polen in einem Zustand „postkommunistischer Fassadendemokratie“, außerdem gäbe es die Sorge vor korrupten Geheimagenten, liberalen Eliten und neureichen Transformationsgewinnern. Das entlarvt die PiS letztlich nur als Sammelbecken gescheiterter Akteure, sowohl auf Seiten der alten Solidarność und ihrer wenigen, kompromissresistenten Hardliner, als auch auf Seiten des alten Regimes, für die sich am Runden Tisch zwischen 1988 und 1989 kein Platz fand.

2005 bis 2007 war sie für zwei Jahre an der Regierung beteiligt. Mit 27 Prozent wurde sie damals knapp stärkste Kraft und bildete zunächst unter Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz eine Minderheitsregierung. Kaczyński selbst hatte mit Blick auf seinen Zwillingenbruder, der zur gleichen Zeit Staatspräsident war, und Bedenken in der Bevölkerung, versprochen nicht das Amt des Regierungschefs anzunehmen.

2006 ging die PiS schließlich eine Koalition mit der Partei Samoobrona und der Liga polnischer Familien (LPR) ein, die eine linkspopulistische Bauernvereinigung, die andere eine klerikal-nationalistische Kleinpartei. Kurz darauf drängte Kaczyński Marcinkiewicz jedoch aus dem Amt, nachdem dieser immer populärer geworden war und drohte, die Autorität Kaczyński zu untergraben.

Unter Kaczyński wurde die Politik der Regierung konfrontativer. Auf der Agenda standen der Ausbau der inneren Sicherheit durch die Verschärfung der Strafgesetze und der vermeintliche Kampf gegen Korruption. Die PiS schuf während ihrer Regierungszeit ein Zentrales Antikorruptionsbüro. Sie setzte sich zudem für eine Veröffentlichung der Vermögensverhältnisse von Politikern und Beamten ein. Insgesamt war die Regierungszeit allerdings mehr von personellen Debatten geprägt und die meisten Gesetzesvorstöße wurden vom Verfassungsgericht torpediert. Relativ schnell zerstritten sich die drei Koalitionspartner, woraufhin es 2007 Neuwahlen gab. Daraufhin musste die PiS in die Opposition wechseln, während die Samoobrona und die LPR gerade einmal 1,5 Prozent holten und seit dem in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sind.

In der Zwischenzeit hat die PiS ihren kämpferischen Politikstil streckenweise abgelegt, um als etablierte, volksnahe und realpolitische Partei für „den kleinen Mann“ wahrgenommen zu werden. Nach Außen wird sie außerdem vor allem von jungen, unverbrauchten Personen repräsentiert. Mit Erfolg. Sie wirkte zumindest im Wahlkampf dadurch nahbar und unverbraucht, ist in Wahrheit aber weiterhin autoritär strukturiert. Von oben nach unten, in diesem Fall vor allem nach der Gunst ihres Vorsitzenden Kaczyński, der jedoch aufgrund seiner harschen Art nicht mehr als charismatischer Führer funktioniert und mittlerweile nur selten mit Aussagen an die Öffentlichkeit tritt.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik überrascht die PiS mittlerweile mit einem äußerst wohlfahrtsstaatlichen Programm. Ihrer Ansicht nach soll der Staat eine regulierende und intervenierende Rolle auf Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen, Besserverdiener sollen höher besteuert, Kleinunternehmer entlastet werden. Die Partei versprach im Wahlkampf, für den sie sich Millionen an Złoty von privaten und institutionellen Geldgebern wie dem erzkonservativen Redemptoristenorden lieh, ein „solidarisches Polen“ – ein Konzept, das man dem Ideal eines „liberalen Polen“ der PO gegenüberstellen wollte. Im Fokus ihrer Programmatik standen daher vor allem auch junge Menschen und Familien.

Im Zuge des Wahlkampfes versprach sie die Rückkehr zum alten Renteneintrittsalter von 65 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen, die Erhöhung des Steuerfreibetrags auf 8000 Złoty, sowie die Einführung eines Kindergelds von 500 Złoty pro Kind. Des Weiteren sollte der Mehrwertsteuersatz von 23 auf 22 Prozent abgesenkt werden. Kostenlose Arzneimittel für Senioren ab dem 75. Lebensjahr, eine verringerte Körperschaftssteuer in Höhe von 15 Prozent

für Kleinunternehmen, eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Złoty pro Stunde, sowie eine Bevorzugung von heimischen Unternehmen bei lokalen Ausschreibungen wurden versprochen. Insgesamt schätzte die Partei selbst die Kosten auf 39 Milliarden Złoty pro Jahr. Als zusätzliche Einnahmequellen wurden eine Erhöhung der Steuereffizienz, die Einführung einer Bankensteuer und einer Steuer für großflächige Einzelhändler genannt.

Das außen- und europapolitische Programm der PiS betonte die „nationale Souveränität und eine Politik zum eigenen Vorteil Polens.“ PiS gilt als teilweise europaskeptisch und steht Deutschland und Russland kritisch gegenüber. Hat im Wahlkampf außenpolitische Themen allerdings bewusst vermieden und befürwortet deutlich einen Verbleib Polens innerhalb der EU. In Gesellschaftsfragen tritt die PiS darüber hinaus für traditionelle Werte ein und vertritt meist Positionen, die denen der katholischen Kirche nahestehen. Sie spricht sich gegen die Legalisierung der Sterbehilfe, Abtreibung, sowie die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften aus.

Nach Übernahme der Regierungsverantwortung wird der PiS jedoch mittlerweile durch alle politischen Lager hinweg Wählerbetrug vorgeworfen, insbesondere weil ihr Sieg im Oktober 2015 größtenteils auf den zuvor erläuterten wohlfahrtstaatlichen Versprechen basierte, deren vollständige Umsetzung bislang ausblieb.

Das versprochene Kindergeld erhalten in Zukunft nur noch Familien, die mindestens zwei Kinder besitzen. Die Zahl der kostenfreien Medikamente für Senioren wurde extrem gekürzt. Die Steuererleichterungen lassen ebenfalls auf sich warten und die höhere Besteuerung großer Handelsketten werden in Zukunft sehr wahrscheinlich die polnischen Konsumenten finanzieren müssen, wenn die Unternehmen diese auf die Endkundenpreise umgelegt haben. Die institutionellen Umwälzungen, die derzeit stattfinden, wurden im Wahlkampf von der Partei zu keinem Zeitpunkt kommuniziert. So gesehen passt Martin Schulz' Vorwurf des Staatsstreiches durchaus zur aktuellen Entwicklung in Polen.

Für Irritationen sorgte die PiS direkt zu Anfang mit der Art und Weise, wie das Kabinett von Ministerpräsidentin Beata Szydło besetzt wurde. Während sie im Kurzurlaub verweilte, hatte Kaczyński selbst mit Hilfe alter Hardliner seiner Partei die Ministerien besetzen lassen. Dass Szydło und auch Präsident Duda nur Marionetten Kaczyńskis sind, ist längst ein offenes Geheimnis. Für Empörung sorgte allen voran die Ernennung Antoni Macierewicz' zum Verteidigungsminister. Macierewicz ist Anhänger der Theorie über eine jüdische Weltverschwörung, fordert eine radikale Lustration aller für das Regime vor 1989 aktiver Personen und hat mittlerweile einen neuen Untersuchungsausschuss zum Absturz der Präsidentenmaschine 2010 einberufen, weil er anders als die Mehrheit der Polen davon ausgeht, dass es sich bei der Flugzeugkatastrophe 96 Toten, um einen Anschlag handelte. Längst haben sich einige angesehene Generäle der polnischen Streitkräfte von ihm öffentlich distanziert oder seine Aussagen relativiert.

Weitere hanebüchene Vorschläge, wie die Jagdfreigabe der eigentlich unter Artenschutz stehenden Wisente in den polnischen Urwäldern, die Entlassung international renommierter, staatlicher Pferdezüchter, die Erweiterung der polnischen Verwaltungseinheiten von 16 auf 18 Woiwodschaften oder die Einführung zusätzlicher Ministerien, rief schnell Kritik in den Medien und der Bevölkerung hervor. Besonders für Irritationen sorgten auch ziemlich skurrile Ereignisse, von denen man in Deutschland wenig hört: Etwa die öffentliche Debatte der PiS über eine symbolische Krönung Jesu zum König von Polen während den anstehenden Feierlichkeiten zu Polens Christianisierung vor 1050 Jahren, oder aber öffentliche Exorzismen im Sejm und bei einer einmaligen Gegendemonstrationen der PiS vor der Redaktion der liberalen Tageszeitung Gazeta Wyborcza durch den radikal-klerikalen Flügel der PiS.

Die erste große Krise rief schließlich die Reform der Verfassungsgerichtsbarkeit hervor. Die PiS hat in nächtlichen Marathonsitzungen eine Änderung des Verfassungsgerichtsgesetzes beschlossen. Die Beschlussfähigkeit des Verfassungsgerichts wurde auf 13, statt bisher neun Richter, festgesetzt. Ferner wurde zur Rechtswirksamkeit jeder Entscheidung die Zweidrittelmehrheit festgelegt. Zuvor genügten fünf Richter von insgesamt 15, um eine Entscheidung zu fällen, jetzt sind neun Richter erforderlich. Weitere Neuerungen sind darüber hinaus die Reihenfolge der Abarbeitung, die nun chronologisch stattfinden muss, sodass es den Richtern nicht mehr frei steht, welche Fälle sie als erste prüfen. Dieser Zustand ist bisher einmalig in ganz Europa. Im Zuge dessen wurde auch ein neues Gesetz zur Staatsanwaltschaft verabschiedet, das die Funktion des Justizministers mit der des Generalstaatsanwalts verknüpft.

### *Politischer Kulturkampf im Herzen Europas*

Das ebenfalls von der PiS in einer nächtlichen Sejmsitzung durchgewunkene Mediengesetz sieht eine Änderung des Status der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten in Fernsehen und Hörfunk vor. Diese werden fortan als Kulturinstitute des Staates geführt und unterstehen nicht mehr einem politisch breit aufgestellten Aufsichtsrat, sondern dem Schatzminister. Journalistenverbände werfen der PiS vor, so die Unabhängigkeit der Medien zu beschneiden, gleichwohl das neue Gesetz bislang keine Auswirkung auf privat-rechtliche Sender oder gar Printmedien hat.

Die Folge der Neuerungen waren jedenfalls Massenkündigungen oder -entlassungen. Aber auch ein Einbruch bei der Zuschauer- und Zuhörerschaft. Bereits in der ersten Woche nach Einführung der Änderungen und des Austausches der Moderatoren, verlor beispielsweise ein beliebtes Abendnachrichtenformat trotz bestem Sendeplatz zur Primetime rund eine halbe Million seiner regelmäßigen Zuschauer. Auch kündigte der deutsch-französische Sender Arte seine Zusammenarbeit mit TVP und dessen Spartensender TVP Kultura auf.

Neben der Einflussnahme auf das Fernsehen und Radio, versucht die PiS auch den Kulturbetrieb zu kontrollieren. Der Wunsch nach einer anderen kulturellen Sichtweise oder die Angst vor geschichtlicher Aufarbeitung führen dabei zu einer deutlichen Einmischung der Regierung in Bereiche abseits ihrer bisherigen Kompetenz. So kam es zu einem Disput um den mit einem Oscar gekrönten, polnischen Spielfilm „Ida“, der für seinen offenen Umgang mit der polnischen Geschichte nach 1945 von der PiS kritisiert wurde. TVP sendete den Streifen zwar, jedoch mit erklärenden Kommentaren, die die eigentlichen Aussagen der Produktion ad absurdum führten. Elfride Jelineks Stück „Der Tod und das Mädchen“, das am staatlichen Polnischen Theater in Breslau aufgeführt wurde, sollte des Weiteren auf Wunsch von Kulturminister Piotr Gliński abgesetzt werden, weil es angeblich obszöne Szenen zeige.

Das Vorgehen der PiS gleicht an dieser Stelle einer Art Rachefeldzug. Einer Abrechnung mit der Vorgängerregierung, der man kriminelle Machenschaften vorwirft, einer Abrechnung mit den Wählern, denen man die Niederlage von 2007 nicht verzeiht und einer Abrechnung mit der sogenannten Dritten Republik. Also dem polnischen Staat seit 1989, den man in seiner jetzigen Verfassung als faulen Kompromiss betrachtet. In diesem Zuge steht auf der inoffiziellen Agenda der PiS die Vernichtung des politischen Erbes dieser Dritten Republik, allen voran seiner maßgeblichen Akteure, wie Adam Michnik, Jacek Kuron und allen voran Lech Wałęsa, mit dem Kaczyński persönliche Animositäten verbindet.

Wałęsa, der ab 1980 zum Anführer der oppositionellen Solidarność aufstieg, war in den 1970er Jahren von der SB, der polnischen Staatssicherheit, nach den gescheiterten Unruhen in der Danziger Werft kontaktiert worden. Sein Status als IM, den er aber ignorierte, über den aber innerhalb der Opposition jeder Bescheid wissen konnte, der wollte, wird ihm nun zum

Verhängnis. Von der SB in den 1980ern zur Diskreditierung Wałęsas gefälschte Papiere, werden nun von der PiS als Belege für dessen angebliches Doppelleben als Volksheld und Stasispitzel herangezogen. Schlicht um zu beweisen, dass 1989 keine echte Revolution stattgefunden habe und erst die PiS seit 2015 dabei sei, Polen in einen souveränen Staat zu verwandeln. Die PiS forderte in diesem Zusammenhang jedenfalls auch die Namensänderung des internationalen Lech-Wałęsa-Flughafens in Danzig und die Rückgabe des Friedens-Nobel-Preisgeldes.

### *Der Widerstand der Straße und die Hoffnung auf eine Selbstdemontage*

Die Unterstützung für die PiS sinkt seit Amtsübernahme aufgrund der zahlreichen verstörenden Entwicklungen in Polen deutlich und liegt gegenwärtig bei nur noch 27 Prozent, also 10 Prozent weniger als bei den Wahlen im Oktober 2015. Zur stärksten Oppositionskraft hat sich überraschenderweise die junge liberale Partei „Die Moderne“ entwickelt, die teilweise mit Spitzenwerten von 30 Prozent kurzzeitig mehr Unterstützung erwarten konnte, als die PiS. Hoffnungen setzt man im linken Lager auch auf die Partei „Razem“, die hierzulande gerne mit der spanischen Bewegung „Podemos“ verglichen wird. Sie besitzt keinen Vorsitzenden, sondern ein breites Gremium an Parteisprechern und versteht sich als Sammelbecken aller linken und alternativen Kräfte in Polen.

Gegen die PiS arbeitet des Weiteren die Kommunalpolitik. Die politischen Verhältnisse auf Ebene der regionalen Selbstverwaltung sind ganz anders, als auf Landesebene. Fast alle Großstädte sind in der Hand liberaler oder linker Bürgermeister, was auch bei der feierlichen Eröffnung Breslaus als Kulturhauptstadt Europas 2016 zu einigen Eklats zwischen der Breslauer Stadtregierung um Bürgermeister Rafał Dutkiewicz und den rechtspopulistischen Vertretern der PiS führte.

Weil die politische Opposition im Sejm und Senat jedoch aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nur wenig bis gar nichts ausrichten kann, hat sich relativ früh der Protest auf der Straße geregelt. Das sogenannte Komitee zur Verteidigung der Demokratie (KOD) stellt hier das größte Bündnis gegen die PiS dar. Dem Namen nach in Anlehnung an das historische Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) gegründet, stellt es eine sehr breite Vereinigung sowohl liberaler, linker als auch konservativer Kräfte dar, die im Konflikt mit der PiS stehen. Es veranstaltet jedes Wochenende im ganzen Land Demonstrationen und Kundgebungen und fordert bei diesen die Regierung auf, die demokratischen Spielregeln einzuhalten und den Willen des Volkes umzusetzen. Laut Warschaus Bürgermeisterin Hanna Gronkiewicz-Waltz versammelten sich allein am ersten Märzwochenende rund 200.000 Menschen in Warschau, um etwa gegen die Hetzkampagne der PiS gegen Lech Wałęsa zu protestieren.

Angesichts des eigenen und nach so kurzer Zeit deutlichen Widerstandes der Polen gegen ihre umstrittene Regierung, ist beim Umgang des Auslands mit der PiS Vorsicht geboten. Entgegen ihrer eigenen Sichtweise vertritt sie trotz ihres Sieges im Oktober 2015 nicht den Willen des polnischen Volkes. Aufgrund der schwachen Beteiligung wählten am Ende nur 19 Prozent der Wähler die PiS, letztlich auch nur mit Hilfe eines großen Wahlschwindels und dank der Untätigkeit ihrer politischen Gegner an die Macht gelangte. Obwohl aufgrund der Zusammensetzung beider Kammern des polnischen Parlaments durchaus von einem Rechtsruck die Rede sein kann, sollte der in Polen nicht erst seit Kurzem lebendige Patriotismus mit stumpfem Nationalismus verwechselt werden. Schließlich gilt, wie für alle anderen Nachbarländer Deutschlands, auch für Polen die bisher positive Erfahrung mit der nationalen Identität.

Ein Teil der bisher vor allem innerhalb der Gremien der EU von deutschen Politikern geäußerten Kritik an Polen ist daher überzogen und bar jedes historischen Bewusstseins. Mehr noch liefert es den Rechtspopulisten in Polen passende Argumente, vereinzelte Akteure der EU als Gegner polnischer Interessen darzustellen. Die demokratischen Kräfte Polens haben Brüssels Solidarität verdient, aber nicht Polemik und Propaganda.

Die Hoffnung der Opposition ist jedoch, dass die PiS früher oder später selbst zerfällt. Bereits jetzt wächst der Widerstand einzelner Akteure des gemäßigten Flügels innerhalb der PiS, gegen die teils undemokratischen Vorstöße der Partei. Bereits früh verließen einige Intellektuelle die PiS, jedoch bisher nur auf Zehenspitzen. Lediglich Jadwiga Staniszkis, bislang Mitglied der PiS und eine landesweit bekannte Soziologin, kritisiert die Zustände und Vorgehensweise der Gruppierung und wirft Kaczyński vor, er habe keine Empathie für sein eigenes Volk. Auch die Kirche, bislang eng mit der PiS als politischem Arm des Klerus in Polen verbunden, wendet sich teilweise von ihr ab, wie an der Kritik des liberalen Kardinals Stanisław Dziwisz, des Erzbischofs von Krakau, zu erkennen ist.

Sollten die Umfragewerte der PiS im Laufe des Jahres weiter sinken, dürfte darüber hinaus auch die Frage nach einem Referendum zur Ausrufung von Neuwahlen wahrscheinlich werden. Rufe nach einem Amtsenthebungsverfahren von Präsident Duda wegen der offensichtlichen Verstöße gegen die parlamentarische Ordnung und die Verfassung häufen sich ebenfalls. Wie auch immer diese Regierung ihr Ende findet, fest steht, dass sie spätestens die nächsten regulären Wahlen 2019 nicht überstehen wird. Weil ihr bereits nach rund hundert Tagen im Amt die Unterstützung im Volk abhanden gekommen ist und, weil ihr zum Glück die nötige Mehrheit für eine Änderung des Wahlrechts und der Verfassung fehlt.